

## **152. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS**

---

22. – 24. März 2013, Krakau

# **EUROPA ZUSAMMENHALTEN**

KÖRBER-STIFTUNG  
INTERNATIONALE POLITIK

---

April 2013

## Zusammenfassung

### Lage der Union

»Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen.« Der Zusammenhalt Europas sei heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Das Image der EU habe sich seit Beginn der Krise massiv verschlechtert. Pauschale Forderungen nach »mehr Europa« seien nicht mehr mehrheitsfähig. Während auf institutioneller Ebene die Integration weiter voranschreite, sei politisch eine Renaissance des Nationalstaats zu beobachten.

Gleichzeitig haben die gesellschaftlichen Spannungen, die durch die Wirtschaftskrise gerade im Süden Europas entstanden sind, das Umfeld für politisches Handeln verändert. Populistische Ideen finden immer mehr Zulauf. Das Wahlergebnis in Italien habe gezeigt, dass sich Europa dringend mit den sozialen Verwerfungen in einzelnen Mitgliedstaaten befassen müsse, um handlungsfähig zu bleiben.

Angesichts dieser nüchternen Bestandsaufnahme waren sich die Teilnehmer des 152. Bergedorfer Gesprächskreises einig, dass eine ergebnisoffene Diskussion der Zukunft Europas und

tiefgreifender struktureller Reformen der EU dringend notwendig sei.

Besonders besorgniserregend, so einige Teilnehmer, sei der Mangel an Empathie in der aktuellen Lage. Dieses Empathiedefizit könne gravierendere Folgen haben als jedes Haushaltsdefizit. Die EU-Staats- und Regierungschefs konzentrierten sich fast ausschließlich auf die technischen

Aspekte der (Euro)-Krisenbewältigung und hätten es darüber versäumt, ihre Politik den eigenen Bürgern zu erklären. Entsprechend wachse der Unmut in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten.

Einige Teilnehmer argumentierten, dass eine Währungsunion ohne politische Union langfristig nicht funktionieren könne. Das Fehlen einer politischen Union und das damit einhergehende Demokratiedefizit werde nun zu einem ernststen Problem für die Länder der Eurozone.

Einzelne Teilnehmer hielten die Diskussion über eine politische Union für illusorisch und plädierten dafür, offen über das Auseinanderbrechen der Union zu sprechen und das Scheitern des postnationalen Europas zu erklären. Das derzeitige System sei für eine andere Zeit geschaffen worden. Der europapolitische Diskurs könne sich nicht mehr in der schlichten Forderung nach »mehr Europa« erschöpfen.

### Krisenbewältigung

Das Krisenmanagement der EU wurde kritisch bewertet. Die derzeitige Politik sei nicht geeignet, das Vertrauen in den europäischen Bankensektor wieder herzustellen. Einige der diskutierten Maßnahmen seien aus ökonomischer Sicht gar Unsinn. Als jüngstes Beispiel dafür wurde die Diskussion um die Einbeziehung der Kleinsparer in das Rettungsprogramm in Zypern angeführt.

**»EUROPA FEHLT ES AN EMPATHIE MIT DEN KRISEN-LÄNDERN.«**

**»EU-KRISENMANAGEMENT IST NICHT AUF KURS.«**

Es gab eine hitzige Debatte über den sogenannten »deutschen Weg«. Deutsche Austeritätspolitik sorgte für Verärgerung in den Bevölkerungen der Krisenstaaten. Auch ökonomisch sei es nicht sinnvoll, alle Staaten gleichzeitig zum Sparen anzuhalten. Es sei unstrittig, dass die Staatshaushalte langfristig stabilisiert werden müssten. Dies könne aber im Einzelfall eher durch eine kurzfristige Erhöhung der Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft als durch rigide Sparprogramme erreicht werden. Jeder Krisenstaat brauche dabei ein maßgeschneidertes Konzept. Mit Patentrezepten könnten die Herausforderungen nicht bewältigt werden. Insofern sei die Behauptung der deutschen Regierung nicht richtig, dass es keine Alternativen zur bisherigen Rettungspolitik gebe. Deutschland habe lediglich bestimmte politische Optionen von vornherein ausgeschlossen.

Als Mittelweg wurde das »Nordische Modell« angeführt, das sozialdemokratische Aspekte, den Wohlfahrtsstaat, Umverteilung und die Maximierung der Arbeitskraft z. B. durch Gleichstellung betont.

Andere Teilnehmer verteidigten die bisherige Konzentration auf eine Konsolidierung der Haushalte. Die Staaten Osteuropas hätten vor ihrem Beitritt zur EU umfangreiche Strukturanpassungen vornehmen müssen. Dies zahle sich nun aus. In erster Linie seien die Regierungen der Mitgliedstaaten dafür verantwortlich, auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Die EU

dürfe nicht mit Erwartungen überfrachtet werden.

Hinzu komme, dass es auf europäischer Ebene bislang kaum Gegenvorschläge zum deutschen Spardiktat gebe. Auch wenn man über die Wirksamkeit des deutschen Ansatzes streiten könne, so habe Deutschland wenigstens eine klare Strategie.

**»AUF NATIONALER EBENE MUSS ERWARTUNGSMANAGEMENT BETRIEBEN WERDEN.«**

Während in den Krisenstaaten viele Deutschland als Profiteur der Krise ansähen, fühle sich die deutsche Öffentlichkeit immer mehr als Opfer südeuropäischer Misswirtschaft. Insbesondere aus Sicht des Südens fehle es Deutschland an einem Gefühl von Solidarität im Umgang mit der Krise.

Beide Seiten seien offenbar nicht in der Lage, gemeinsam Verantwortung für die derzeitige Situation zu übernehmen.

Zwei mögliche Szenarien für die zukünftige Entwicklung wurden diskutiert:

(1) Der Euro wird durch die derzeitigen Mechanismen technokratisch und problemorientiert stabilisiert. (2) Die nationalen Regierungen halten sich nicht an die strikten Regeln und Sparzwänge, die ihnen auferlegt werden.

Das erste Szenario führe dazu, dass die Prozesse weitgehend den nationalen Entscheidungsträgern und damit dem demo-



kratischen Entscheidungsprozess in den betroffenen Staaten entzogen würden. Dies erhöhe das Demokratiedefizit weiter.

Im zweiten Szenario würde die Wirksamkeit des Krisenmanagements unterhöhlt. Dies könne zu noch größeren ökonomischen Verwerfungen in Europa führen.

**»IM NORDEN IST AUSTERI-  
TÄT EIN ZIEL, IM SÜDEN  
NUR MITTEL ZUM ZWECK.«**

Um dieses Dilemma aufzulösen, wurde von einer Teilnehmerin ein »New Deal« vorgeschlagen. Man sei sich einig, dass einzelne Mitgliedstaaten tiefgreifende strukturelle Reformen ihres Wirtschafts- und Steuersystems durchführen müssten, bevor sie neue Darlehen erhielten. Gleichzeitig müsse aber die EU sich viel stärker als bisher um die Ankurbelung der Wirtschaft bemühen. Auch Staaten wie Deutschland müssten hierfür unpopuläre Entscheidungen treffen, wie z.B. die Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Auf lange Sicht sei es im deutschen Interesse, den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Als weitere Bestandteile eines solchen »New Deal« wurde die Einführung von Eurobonds und eine stärkere europäische Kontrolle über das Bankensystem in der Eurozone genannt.

Die Bankenunion sei ein wichtiger Schritt, um die Eurozone zu stabilisieren. Steuerparadiese wie Zypern dürften nicht länger toleriert werden. Zur Bekämpfung

der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa seien gesamteuropäische Konzepte notwendig, die Mobilität fördern und die Übertragbarkeit von Renten- und Sozialleistungen ermöglichen.

Darüber hinaus müssten neue Wege gefunden werden, um Europa zukünftig besser aufzustellen. Dies könne auch bedeuten, dass Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückübertragen werden. Europa müsse sich auf seine Stärken besinnen. Kein Mitgliedstaat solle zu vertiefter Zusammenarbeit gezwungen werden. Eine Teilnehmerin führte an, dass es ein Fehler gewesen sei, die neuen Mitgliedstaaten zum Beitritt zur Eurozone zu verpflichten.

Die Auswirkungen einer engeren Zusammenarbeit innerhalb der Eurozone auf die politische Entscheidungsfindung in der ganzen EU wurden unterschiedlich bewertet. Einige Teilnehmer glaubten, dass eine stärker integrierte Eurozone letztlich eine neue politische Institution schaffen würde, die in Konkurrenz zur EU stünde – eine EU innerhalb der EU. Andere sahen eine solche Gefahr nicht gegeben.

Einigkeit bestand darüber, dass durch die verschiedenen Formen differenzierter Integration die Komplexität auf EU-Ebene ein sehr hohes Maß erreicht habe. Es sei den europäischen Bürgern kaum zu verdenken, dass sie nicht mehr wüssten, wer in Europa eigentlich für was verantwortlich sei. Neue institutionelle Mechanismen und Unterausschüsse des Europaparlaments für die Euro-



zone würden die Unübersichtlichkeit und Verwirrung nur noch weiter erhöhen.

Die Eurozone habe schon zu viel ihrer einstigen Strahlkraft verloren. Polnische Bürger seien beispielsweise nicht mehr davon überzeugt, dass ihnen ein Beitritt zum Euro wirtschaftliche Vorteile bringen würde.

## Großbritanniens europäische Zukunft

David Cameron hat seine mögliche Wiederwahl zum britischen Regierungschef mit einem Referendum über Großbritanniens Zukunft in der EU verknüpft.

Damit erreicht der britische Sonderweg in der EU eine neue Dimension. Von britischer Seite wurden zwei mögliche Szenarien vorgestellt. Einerseits könne die öffentliche Diskussion über das Referendum die Briten ermutigen, ihre Beziehung zur Europäischen Union neu zu definieren. Die britischen Bürger wollen nicht zu etwas gezwungen werden, von dessen Nutzen sie nicht überzeugt sind. Auf der anderen Seite könne die derzeitige Aufmerksamkeit genutzt werden, um die EU in Bereichen zu reformieren, die nicht nur für Großbritannien, sondern auch für die EU als Ganzes von zentraler Bedeutung seien: ausreichend Reformbedarf vor allem im Bereich des Binnenmarktes sei vorhanden. Großbritannien könne hier auf die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten zählen. Viele seien nicht nur an einer »ever closer Union«, sondern auch an einem prosperierenden Binnenmarkt interessiert.

Zudem könne eine gereifte Beziehung zwischen Großbritannien und Europa sich positiv auf die Entwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auswirken und der EU in internationalen

Fragen eine erhöhte Glaubwürdigkeit verleihen. Innerhalb der EU sei Großbritannien ein zentraler Akteur auf internationaler Ebene, außerhalb des europäischen Rahmens würde man einen Bedeutungsverlust britischer Politik riskieren.

Auf der anderen Seite könne das Referendum – oder der Weg dorthin – auch der Anfang vom Ende der britischen EU-Mitgliedschaft sein. Das Aufkommen einer Art »Tea Party«-Bewegung sei auch in Großbritannien schon seit einiger Zeit zu beobachten. Dies verschlechtere die Chancen für eine Kompromisslösung. Auch wenn die Labour-Partei es bislang vermieden habe, ein eigenes Referendum über den Verbleib in der EU anzukündigen, könne die Dynamik des Wahlkampfs sie letztlich dazu bewegen.

Die aktuelle politische Debatte sei hauptsächlich von innenpolitischen Erwägungen motiviert. Selbst wenn Großbritannien einige der Zugeständnisse, die es auf EU-Ebene fordert, erreichen würde, sei es zu bezweifeln, dass die Konservative Partei das Referendum nach der Wahl absagen könne. Wie aber bereits der französische Volksentscheid über den Verfassungsentwurf 2005 gezeigt habe, seien die politischen Kräfte, die sich aus einer Volksbefragung entwickeln können, nicht ohne weiteres vorherzusagen und könnten durchaus das Ende der britischen EU-Mitgliedschaft besiegeln.

Alle Teilnehmer des Gesprächskreises waren sich einig, dass dies nicht wünschenswert sei.

**»DAS REFERENDUM IST ZWAR EIN UNZULÄSSIGES WAGNIS, ABER GROSSBRITANNIEN MUSS DIE BEZIEHUNGEN ZUR EU NEU DEFINIEREN.«**



## Ist die EU noch attraktiv für Osteuropa?

Die EU hat sich angesichts der Staatsschuldenkrise in den vergangenen Jahren hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Dadurch, argumentierten einige Teilnehmer, habe sie auch bei den östlichen Nachbarn an Anziehungskraft verloren. Diese Entwicklung müsse gestoppt werden. Staaten wie der Republik Moldau müsse die EU weiterhin langfristig eine realistische Beitrittsperspektive bieten. Andere wiesen darauf hin, dass in einigen Staaten autoritäre

Strukturen nach wie vor nicht vollständig überwunden seien und eine Beitrittsperspektive derzeit nicht zu vermitteln sei.

So herrschte gerade mit Blick auf

die Ukraine unter den Teilnehmern keine Einigkeit über das zukünftige Vorgehen. Einige bezweifelten, dass die Ukraine überhaupt das Potential habe, ein Mitglied der EU zu werden. Sie unterstrichen, dass die EU aufhören müsse, an dem überholten Gedanken festzuhalten, dass die Demokratie in der postsowjetischen Welt auf dem Siegeszug sei, wenn doch offensichtlich das Gegenteil der Fall sei.

Andere Teilnehmer plädierten dafür, das politische Momentum einer Annäherung

der Ukraine an die EU nicht aufzugeben. Die ukrainische Bevölkerung sei weiterhin proeuropäisch eingestellt.

Auch die Rolle Russlands wurde intensiv diskutiert. Russland versuche, von der derzeitigen Schwäche der EU zu profitieren und sich als attraktive Alternative in der Region zu präsentieren. Für Europa habe die erneute Wahl Putins die Chancen auf eine strategische Partnerschaft mit Russland weiter verringert. Die derzeitige Politik sei von wachsendem Nationalismus und antiwestlicher Rhetorik geprägt. Das Verhalten gegenüber der Republik Moldau könne als Indikator dafür gesehen werden, ob Russland tatsächlich willens und bereit sei, eine konstruktive Rolle in der europäischen Nachbarschaft zu spielen.

»IN DER UKRAINE GEHT ES DARUM, DIE BEVÖLKERUNG FÜR EUROPA ZU GEWINNEN.«

## Südlich der Grenze: Einbindung der Türkei und Nordafrikas

In der letzten Sitzung widmete sich der Gesprächskreis dem europäischen Vorgehen in seiner südlichen Nachbarschaft. Europa hat weitreichende Interessen in der Region. Diese reichen von Fragen der Migration über Rohstoffpolitik bis hin zu Terrorismusbekämpfung und der Sicherheit Israels. Vor allem aber besteht ein grundlegendes Interesse an regionaler Stabilität, am Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und am Schutz der Menschenrechte.



Anders als im Fall der osteuropäischen Staaten, denen Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine klare Beitrittsperspektive und umfangreichen finanziellen Beistand bieten konnte, könne Europa in den postrevolutionären Staaten Nordafrikas nur einen geringeren Beitrag leisten.

Die Bevölkerungen in Nordafrika würden nach Wohlstand, Freiheit und Würde streben.

Die EU könne Unterstützung im Bereich der Ausbildung zur Verfügung stellen und den Marktzugang für die nordafrikanischen Volkswirtschaften erleichtern. Europa könne sich für den Dialog zwischen den zahlreichen neuen politischen Akteuren einsetzen und die Einhaltung der Menschenrechte im Sinne der Arabischen Charta der Menschenrechte fördern.

Es wurde kritisiert, dass die Instrumente, die der EU zur Erreichung dieser Ziele derzeit zur Verfügung stünden, nicht wirksam seien. Der Barcelona-Prozess sei angesichts der dynamischen Entwicklung in Nordafrika viel zu bürokratisch. Es sei zudem strittig, ob die südeuropäischen Staa-

ten tatsächlich bereit seien, Marktliberalisierung gerade im Bereich der Textil- und Landwirtschaft mit Blick auf ihre eigene ökonomische Situation zuzulassen. Die Gestaltungsmacht der EU in ihrer südlichen Nachbarschaft habe daher ihre Grenzen,

Abschließend widmete sich der Gesprächskreis der Rolle der Türkei. Die Frage einer Beitrittsperspektive blieb umstritten. Einige waren der Ansicht, dass die Türkei kaum Fortschritte hinsichtlich der Verbesserung von Menschenrechtsstandards und sozialer Gerechtigkeit gemacht habe.

Zahlreiche Teilnehmer waren wiederum der Meinung, dass es im strategischen Interesse der Union sei, die Türkei weiterhin eng an die EU zu binden. Allerdings scheine der Beitrittswunsch der Türkei immer schwächer zu werden. Die Aussichten für eine türkische EU-Mitgliedschaft würden sich bei einer stärkeren Integration der Eurozone vermutlich noch weiter verringern.

**»WÄRE DIE TÜRKEI BEREIT, EINER POLITISCHEN UNION BEIZUTRETEN?«**

**VORSITZ** Dr. RICHARD VON WEIZSÄCKER, Bundespräsident a.D.

**MODERATOR** IVAN KRASTEV, Vorsitzender, Centre for Liberal Strategies, Sofia

**TEILNEHMERLISTE**

Botschafter Jarosław BRATKIEWICZ,  
Politischer Direktor, Außenministerium  
der Republik Polen, Warschau

Włodzimierz CIMOSZEWICZ, Vorsitzender,  
Auswärtiger Ausschuss, Senat der Republik  
Polen, Warschau

Stefan DUPPEL, Leiter, Büro Bundespräsident  
a.D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Klaus-Dieter FRANKENBERGER, Leiter, Abteilung  
Außenpolitik, Frankfurter Allgemeine Zeitung,  
Frankfurt a.M.

Dr. Arndt Freiherr FREYTAG VON LORINGHOVEN,  
Stellv. Leiter der Europaabteilung und Beauf-  
tragter für Grundsatzfragen der EU, Gemein-  
schaftspolitik und strategische Koordinierung,  
Auswärtiges Amt, Berlin

Botschafter Rüdiger Freiherr VON FRITSCH,  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland,  
Warschau

Ulrike GUÉROT, Leiterin und Senior Policy  
Fellow, European Council on Foreign Relations  
(ECFR), Berlin

Elisabeth GUIGOU, MP, Mitglied der National-  
versammlung und Vorsitzende des Auswärtigen  
Ausschusses, Assemblée Nationale, Paris

Ivan KRASTEV, Vorsitzender,  
Centre for Liberal Strategies, Sofia

Michael Georg LINK, MdB, Staatsminister,  
Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Jacek MAJCHROWSKI, Bürgermeister  
der Stadt Krakau

Dr. Jovita NELIUPŠIENĖ, Leitende Beraterin  
des Präsidenten, Gruppe Außenpolitik, Büro des  
Präsidenten der Republik Litauen, Vilnius

Dr. Robin NIBLETT, Leiter, The Royal Institute of  
International Affairs, Chatham House, London

Ana PALACIO, Mitglied, Staatsrat, Madrid

Dr. Thomas PAULSEN, Leiter Internationale  
Politik, Körber-Stiftung, Berlin

Petra PINZLER, Redakteurin Politik, Die Zeit,  
Berlin

Ruprecht POLENZ, MdB, Vorsitzender, Auswärti-  
ger Ausschuss, Deutscher Bundestag, Berlin

Botschafter Janusz REITER, Präsident und  
Gründer, Center for International Relations  
(CSM), Warschau

Dr. Hélène REY, Professorin für Wirtschafts-  
wissenschaften, London Business School (LBS),  
London

Maria João RODRIGUES, Sonderbeauftragte bei  
den Europäischen Institutionen, Brüssel

Prof. Dr. Adam Daniel ROTFELD, Stellv. Vor-  
sitzender, Polish-Russian Group for Difficult  
Matters, Polish Institute of International Affairs,  
Warschau

Dr. Norbert RÖTTGEN, MdB, Mitglied,  
Deutscher Bundestag, Berlin

Wolfgang SCHMIDT, Bevollmächtigter beim  
Bund, bei der EU und für auswärtige Angelegen-  
heiten, Landesvertretung Hamburg, Berlin

Dr. Daniela SCHWARZER, Fritz Thyssen Fellow,  
Weatherhead Center for International Affairs,  
Harvard University, Cambridge, MA

Wawrzyniec SMOCZYŃSKI,  
Geschäftsführer, Polityka Insight, Warschau

Gisela STUART, MP, Mitglied,  
House of Commons, London

Liv Astrid SVERDRUP, Ausstellungsleiterin und  
stellv. Leiterin, Nobel Peace Center, Oslo

Gijs M. DE VRIES, Mitglied, Europäischer  
Rechnungshof, Luxemburg

Agnieszka WALTER-DROP, Direktorin,  
Direktion für Ausschüsse, Generaldirektion für  
Externe Politikbereiche der EU, Europäisches  
Parlament, Brüssel

Dr. Klaus WEHMEIER, Stellv. Vorsitzender  
des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Dr. Richard VON WEIZSÄCKER,  
Bundespräsident a.D.; Vorsitzender,  
Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin

Prof. Dr. Heinrich August WINKLER,  
Professor Emeritus für Moderne Geschichte,  
Humboldt Universität, Berlin

Paweł ZALEWSKI, MEP, Mitglied,  
Europäisches Parlament, Brüssel



**BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS**

Initiator	Dr. Kurt A. Körber (†)
Vorsitz	Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.
Koordination	Dr. Klaus Wehmeier Dr. Thomas Paulsen
Programm Management	Julia Bader Janka Oertel
Adresse	Körper-Stiftung Hauptstadtbüro Pariser Platz 4a 10117 Berlin Telefon: +49-30-206267-60 Fax: +49-30-206267-67 E-Mail: <a href="mailto:ip@koerber-stiftung.de">ip@koerber-stiftung.de</a> <a href="http://www.bergedorf-round-table.org">www.bergedorf-round-table.org</a>

© Körper-Stiftung, Hamburg 2013

Redaktion	Janka Oertel
Fotos	Körper-Stiftung/Maciej Plewiński
Layout	Das Herstellungsbüro, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.